

Erwachsenenbildung in der EU

Mit Beiträgen von Birgit Aschemann, Rainer Schabereiter und Sylvia Amann. Redaktion: CONEDU | CC BY 4.0 Aschemann 2016/2018, Schabereiter 2022

Die Bildungspolitik der Europäischen Union stellt die europäische Einheit im Sinne eines gemeinsamen Bildungsraums Europa sicher. Anfänglich diente sie vor allem dazu, ökonomische Ziele zu erreichen. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Bildungspolitik dann ständig weiterentwickelt: die Idee des lebenslangen Lernens wurde forciert, breitere Zielsetzungen wie Bildung für die persönliche Entwicklung und das Zusammenleben mit aufgenommen. In der aktuellen Strategie bis 2030 geht es auch um demokratische Werte, Nachhaltigkeit, Ökologie und digitalen Wandel.

Im Dossier finden Sie Antworten u.a. auf die Fragen:

- [Welche sind die wichtigsten politischen Organe der EU?](#)
- [Wie lauten die aktuellen Schwerpunkte der EU-Bildungspolitik im Bereich Erwachsenenbildung?](#)
- [Welche rechtlichen Grundlagen von Erwachsenenbildung in der EU gibt es?](#)
- [Wie steuert die EU die Bildungspolitik?](#)
- [Welche Strategien der EU-Bildungspolitik gibt es?](#)
- [Welche EU-Förderungen gibt es für die Erwachsenenbildung?](#)
- [Welche europäischen Verbände und Netzwerke der Erwachsenenbildung gibt es?](#)
- [Wie ist die Geschichte der EU-Bildungspolitik?](#)



Foto: Pixabay-Lizenz, pixel2013, pixabay.com, auf erwachsenenbildung.at

Inhalt

Geschichte der europäischen Bildungspolitik	4
Anfänge einer gemeinsamen Bildungspolitik in den 1950er Jahren.....	4
Erste Institutionalisierungsschritte in den 1970er Jahren	5
Ausbau der Bildungsprogramme in den 1980er Jahren	6
Die 1990er Jahre: Der Vertrag von Maastricht als Meilenstein.....	6
Die 2000er: Neue Programme für die Erwachsenenbildung	7
Arbeitsprogramm ET2010	7
Programm für lebenslanges Lernen.....	8
Arbeitsprogramm ET2020	9
2021: Strategischer Rahmen zur allgemeinen und beruflichen Bildung ET2030.....	10
Die Phasen der europäischen Bildungspolitik bis 2010 im Überblick	11
Rechtliche Grundlagen von Erwachsenenbildung in der EU	13
Primäres und sekundäres Recht.....	13
Relevante Verträge für die Erwachsenenbildung: Maastricht und Amsterdam	14
Subsidiaritätsprinzip	14
Die wichtigsten politischen Organe der Europäischen Union.....	15
Der Europäische Rat	15
Die Europäische Kommission.....	15
Der Rat der Europäischen Union	16
Das Europäische Parlament	16
Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)	16
Die Europäische Zentralbank (EZB)	16
Glossare zur europäischen Erwachsenenbildung.....	17
Länderspezifische Glossare auf Eurydice	17
European Adult Learning Glossary	17
Terminology of European education and training policy.....	17
Glossary of Adult Learning in Europe	17
Instrumente der EU-Bildungspolitik.....	19
Soft Law in der EU-Bildungspolitik.....	19
Offene Methode der Koordinierung (OMK) in der EU-Bildungspolitik.....	20
Monitoring und Benchmarks in der EU-Bildungspolitik	21
Nationale KoordinatorInnen für die Erwachsenenbildung	22
Europäische Jahre	23

Das Europäische Semester	24
Strategien und Entwicklungen der EU-Bildungspolitik	25
Aktuelle Schwerpunkte	25
Strategie Europa 2020	27
Strategie ET2020	30
Der Kopenhagen-Prozess	34
Die Lissabon-Strategie	35
Memorandum über Lebenslanges Lernen	37
Förderprogramme der EU für die Erwachsenenbildung	39
Europäischer Sozialfonds (ESF+)	39
Erasmus+	39
Citizens, Equality, Rights and Values (CERV)	40
Interreg	40
PROGRESS	40
Europäische Informations-Plattformen für Erwachsenenbildung	41
EPALE - Plattform für Erwachsenenbildung in Europa	41
europass – Lernen und Arbeiten in Europa	41
Erasmus+ Projektdatenbank	41
ESF-Projektdatenbank Österreich	42
Datenbanken von Cedefop	42
ESCO - Datenbank zur europäischen Klassifizierung von Skills	42
Elm - Europäisches Online-Magazin für Lifelong Learning	42
Europäische Verbände und Netzwerke der Erwachsenenbildung	42
Europäischer Verband für Erwachsenenbildung EAEA	43
Plattform für lebenslanges Lernen	43
Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung Cedefop	43
EU-Bildungsinformationsnetz Eurydice	44
ExpertInnennetzwerk zu sozialen Aspekten der Bildung NESET	44
Europäisches ExpertInnen-Netzwerk für Bildungsökonomik EENE	44
Europäisches Netzwerk für Basisbildung EBSN	44
Europäische Stiftung für Berufsbildung ETF	45
Netzwerke zur Projektpartnersuche für EU-Förderungen	45

Grundlagen

GESCHICHTE DER EUROPÄISCHEN BILDUNGSPOLITIK

Die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Bildungspolitik war und ist von einer starken Ambivalenz zwischen Bildung und Wirtschaft geprägt. Außerdem bewegt sie sich zwischen gemeinschaftlichen Interessen und den spezifischen nationalen Interessen und Bedürfnissen.

Die Geschichte der europäischen Bildungspolitik beginnt in den 1950er Jahren, erste Institutionalisierungsschritte folgen in den 1970er Jahren, in den 1980er Jahren folgt der Ausbau neuer Bildungsprogramme. Der Vertrag von Maastricht setzt schließlich in den 1990er Jahren einen Meilenstein in der europäischen Bildungspolitik und in den 2000ern kommt es zu neuen Programmen für die Erwachsenenbildung.

- [1950er: Anfänge einer gemeinsamen Bildungspolitik](#)
- [1970er: Erste Institutionalisierungsschritte](#)
- [1980er: Ausbau der Bildungsprogramme](#)
- [1990er Jahre: Der Vertrag von Maastricht als Meilenstein](#)
- [2000er: Neue Programme für die Erwachsenenbildung](#)
 - [Arbeitsprogramm ET2010](#)
 - [Programm für lebenslanges Lernen](#)
 - [Arbeitsprogramm ET2020](#)
- [2021: Strategischer Rahmen zur allgemeinen und beruflichen Bildung ET2030](#)
- [Die Phasen der europäischen Bildungspolitik bis 2010 im Überblick](#)

Anfänge einer gemeinsamen Bildungspolitik in den 1950er Jahren

Die Anfänge von ersten überstaatlichen Ansätzen bzw. Aktivitäten im Bildungsbereich sind im [Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1951](#) und im [Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957](#) zu finden. Im ersten Vertragswerk sind jedoch keine dezidierten Hinweise auf eine gemeinsame europäische Bildungspolitik als solche festzumachen. Vordergründig befassen sich die einzelnen Artikel mit wirtschaftlichen Aspekten. Lediglich eine nicht rückzahlungspflichtige finanzielle Beihilfe "[...] zur Finanzierung der Umschulung der Arbeitnehmer, die ihre Beschäftigung wechseln müssen" (Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951) kann von der Hohen Behörde bewilligt werden.

Erst im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden in den Artikeln 57, 118 und insbesondere 128 allgemeine Grundsätze zur Durchführung einer gemeinsamen Bildungspolitik geregelt. "Auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses stellt der Rat in bezug [sic] auf die Berufsausbildung allgemeine Grundsätze zur Durchführung einer gemeinsamen Politik auf, die zu einer

harmonischen Entwicklung sowohl der einzelnen Volkswirtschaften als auch des gemeinsamen Marktes beitragen kann" (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1957).

Bildungsfragen werden also den wirtschaftlich orientierten Zielsetzungen der Gründungsverträge nachgeordnet und dienen als ein Mittel zu deren Erreichung: Umschulungen oder Mobilitäten von Arbeitnehmenden dienen der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Europa. Artikel 128 des Vertrages der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bildet die einzige rechtliche Grundlage für weitere gemeinsame Maßnahmen, die eindeutig von berufsbildendem Charakter sind wie der [Beschluss des Rates vom 2. April 1963 über die Aufstellung allgemeiner Grundsätze über die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung](#). Letztlich scheitern aber die ersten Ansätze der Europäischen Kommission in Richtung einer Harmonisierung der Bildungspolitik am Widerstand der Mitgliedsstaaten – Bildung wurde und wird als "nationales Gut" angesehen, das es zu schützen gilt.

Erste Institutionalisierungsschritte in den 1970er Jahren

In den 1970er Jahren setzt eine starke Dynamisierung im Bildungsbereich ein und es kommt zu einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. 1971 treffen sich die BildungsministerInnen der Mitgliedsstaaten zum ersten Mal und diese Treffen münden in gemeinsamen Beschlüssen in Form zwischenstaatlicher Abkommen.

Einen Meilenstein stellt die Implementierung einer eigenen Generaldirektion für Forschung, Wissenschaft und Bildung in der Europäischen Kommission mit dem ersten Kommissar Ralf Dahrendorf im Jahr 1973 dar. Im selben Jahr wird auch der von der Kommission in Auftrag gegebene sogenannte [Janne-Report \(PDF\)](#) veröffentlicht, der die Grundlage zukünftige Gemeinschaftsprogramme in der allgemeinen und beruflichen Bildung darstellt. Darin wird unter anderem abschließend festgehalten: "The Europeans' feeling of political, social and cultural belonging can no longer be exclusively national if a part of the attributes of the nation-state has been tested in the Community: the territory in as far as the frontiers disappear, the transfers of powers of decision to supranational bodies, [...]. This being so, is it possible to escape from the idea that education should comprise a European dimension wherever this is possible?" (Europäische Gemeinschaften 1973).

Die Gemeinschaft verfügt noch immer über keine spezifische Rechtsgrundlage für ihre Bildungspolitik und 1975 wird zur wissenschaftlich-fachlichen Unterstützung der gemeinsamen Bildungspolitik das europäische Zentrum zur Förderung der Berufsbildung, Cedefop, gegründet. Dessen Aktivitäten werden ab 1980 durch Eurydice - das Informationsnetzwerk zum Bildungswesen in Europa - ergänzt, das mit der gezielten Aufbereitung von Informationen zu einem besseren Verständnis der europäischen Bildungssysteme und -politiken beiträgt.

Das [Aktionsprogramm 1976](#) ist schließlich das erste europäische Bildungsprogramm mit Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds und dessen strategischen Ziele sind

richtungsweisend für die Loslösung des Bildungsbereichs von der bisherigen ökonomischen Sichtweise hin zu einem eigenständigen Politikbereich.

Ausbau der Bildungsprogramme in den 1980er Jahren

Mit den 1980er Jahren und der Zusammenlegung der bislang getrennten Geschäftsbereiche für allgemeine und berufliche Bildung in derselben Generaldirektion, welche auch den [Europäischen Sozialfonds](#) als Förderinstrument verwaltet, wird auch der Start zahlreicher Aktionsprogramme der Europäischen Gemeinschaft eingeleitet. Deren Ziele sind die Förderung der Verbesserung der beruflichen Weiterbildung, die Zusammenarbeit im Hochschulbereich oder auch die Unterstützung der Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen.

Neben der Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit in Europa rückt nun auch der Beitrag von Bildung zur Nutzung neuer Technologien bzw. zur Modernisierung von Volkswirtschaften in das Zentrum – anfangs noch mit einem starken Fokus auf Berufsbildung.

Insbesondere die zweite Hälfte der Dekade bildet eine wichtige Phase des Umbruchs; das Forcieren des Fremdsprachenunterrichts und die Bedeutung von Impulsen zur Stärkung einer europäischen Dimension in der Bildung treten in den Vordergrund. Initiativen der Kommission, gestützt durch Einzelurteile des Europäischen Gerichtshofs, stützen diesen Prozess einer sukzessiven Öffnung der Berufsbildung hin zu weiteren Bildungsbereichen samt neuen Förderprogrammen wie Comett, Erasmus, PETRA, Lingua, FORCE oder Tempus.

Mit zunehmendem Aktivitätsniveau auf europäischer Ebene nehmen jedoch auch die Diskussionen um Fragen der Kompetenzaufteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und der Staatengemeinschaft an Intensität zu – es fehlt noch immer an den notwendigen rechtlichen Grundlagen auf Gemeinschaftsebene. Auch der Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozess in Mittel- und Osteuropa hat unmittelbare Auswirkungen auf den europäischen Einigungsprozess.

Die 1990er Jahre: Der Vertrag von Maastricht als Meilenstein

Diese Entwicklungen münden schließlich im sogenannten [Vertrag von Maastricht](#), dem Gründungsvertrag der Europäischen Union, der mit 1. November 1993 in Kraft tritt. Er stellt einen Meilenstein in der europäischen Bildungspolitik dar, wird doch erst mit diesem Vertragswerk nicht nur berufliche, sondern auch allgemeine Bildung zum europäischen Politikfeld. Besonders bedeutend für die Bildungspolitik der EU ist die damit verbundene Einführung des Subsidiaritätsprinzips als allgemeiner Grundsatz zur Regelung bildungspolitischer Kompetenzfragen und Verantwortungsbereiche zwischen den Mitgliedsstaaten und der Staatengemeinschaft. Außerdem kennzeichnet eine stärkere Einbindung des Europäischen Parlaments durch das Mitentscheidungsverfahren sowie die Ausweitung verschiedener Gemeinschaftspolitiken, unter anderem des Bereiches der Bildung, die Folgen von Maastricht.

Im selben Jahr wird auch das [Grünbuch zur europäischen Dimension im Bildungswesen](#) angenommen, welches die Bestimmungen des Vertragswerks konkretisiert. Darin werden Werte wie Demokratie, Solidarität oder Chancengleichheit auf die Zielsetzungen der europäischen Bildungspolitik übertragen; Bildung ist ein wesentliches Instrument zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität.

Soziale Veränderungen und neue Herausforderungen in der Wissensgesellschaft der 1990er Jahre erfordern neue Lösungsansätze, die schließlich im Konzept des lebenslangen bzw. lebensbegleitenden Lernens als Wesensmerkmal europäischer Bildungsstrategien münden – 1996 wird z.B. zum Europäischen Jahr des lebensbegleitenden Lernens erklärt. Die Diskussion über und Sensibilisierung für die Relevanz lebenslangen Lernens im Sinne einer laufenden (beruflichen) Weiterbildung unter der Berücksichtigung von permanenten sozialen und technologischen Wandelserscheinungen kann bis in die Mitgliedsstaaten getragen werden, die noch immer versuchen, den Einfluss der Union in Bildungsfragen zu begrenzen.

Die sogenannte [Cresson-Affäre](#) kurz vor dem Jahrtausendwechsel erschwert diese Verhandlungen. Edith Cresson war von 1995-1999 Forschungskommissarin und ihr wurden Korruption, Veruntreuung von EU-Fördermitteln und Vetterwirtschaft vorgeworfen. Es folgte der Rücktritt der gesamten Kommission unter Präsident Santer.

Die 2000er: Neue Programme für die Erwachsenenbildung

Auf Basis dieser besonderen Situation rund um die Cresson-Affäre muss der Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Lissabon im Frühling 2000 betrachtet werden. Dieser läutet gemeinsam mit dem Erscheinen folgender bildungspolitischer Publikationen der Staatengemeinschaft eine neue Phase in der europäischen Bildungspolitik ein:

Arbeitsprogramm ET2010

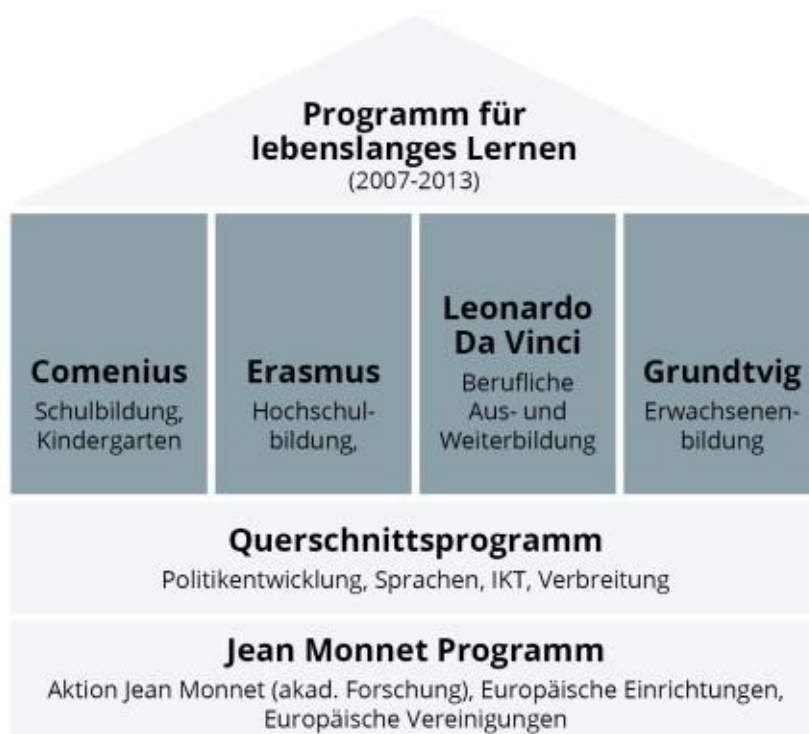
Das Arbeitsprogramm Education and Training 2010 der EU baut auf den in Lissabon definierten sozial- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen auf, die EU bis 2010 "[...] zur wettbewerbsfähigsten und nachhaltigsten, dynamischen, wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen [...]" (Europäische Gemeinschaft 2000). Bildung wird als ein wesentlicher ökonomischer Standortfaktor betrachtet, wobei im Arbeitsprogramm der subsidiäre Charakter der ersten Jahre nach Maastricht nun durch die offene Methode der Koordinierung mit definierten Zielsetzungen, Benchmarks und Indikatoren zur Messung ergänzt wird.

In Bezug auf die Umsetzung der Lissabon-Strategie und der Erreichung der formulierten Bildungsziele kann die Überschrift des diesbezüglichen Kapitels im [Buch "The history of European cooperation in education and training"](#) der Europäischen Kommission exemplarisch genannt werden: "Four years after Lisbon, the Commission sounds the alarm". Die periodischen Fortschrittsberichte machen Defizite in der Erreichung der gesteckten bildungspolitischen Ziele fest und Forderungen, wie z.B. die Implementierung europäischer Konzepte auf nationaler Ebene, wiederholen sich. Jedoch betonen die Berichte auch die

Relevanz einer gesamteuropäischen Betrachtung und Lösung von Fragestellungen in der Berufsbildung und die immensen Vorteile eines vereinten europäischen Bildungsraumes. Im letzten [Fortschrittsbericht für den Zeitraum von 2007-2009 \(EU 2010\)](#) wird einleitend festgestellt: "Die Leistungen der Bildungs- und Berufsbildungssysteme in der Europäischen Union (EU) haben sich verbessert. Trotzdem wurden die meisten der für 2010 gesetzten Ziele nicht erreicht."

Programm für lebenslanges Lernen

Auf operativer Ebene wird seitens der Kommission versucht, den massiven sozio-ökonomischen Veränderungen durch eine weitere Ausdifferenzierung der inhaltlichen Stränge der Förderprogramme zu begegnen und in der Struktur des Programms SOCRATES II (2000-2006) taucht als Aktion 3 erstmals ein Name auf, der für die europäische Erwachsenenbildung der kommenden Jahre prägend sein wird: Das [Programm Grundtvig](#) leistet einen großen Beitrag in Fragen der Gleichstellung von Geschlechtern und benachteiligten Menschen und im Kampf gegen Rassismus und Xenophobie im Bereich der Erwachsenenbildung. Die Entwicklung nach Lissabon zeigt eine sukzessive Vereinfachung der Programmstrukturen. Die generelle Aufwertung der Bedeutung von EU-Projekten in der Bildung spiegelt sich unter anderem in wachsenden Budgetzahlen für die neu geplante Programmgeneration (2007-2013) wider. Der eingeschlagene Weg der sukzessiven Vereinfachung findet schließlich im Programm für lebenslanges Lernen seinen bisherigen Abschluss



Grafik: Alle Rechte vorbehalten, CONEDU (nach OeAD), auf erwachsenenbildung.at

Struktur des Programms für lebenslanges Lernen

Das Programm für lebenslanges Lernen setzt sich aus vier sektoralen Einzelprogrammen und zwei querschnittartigen thematischen Strängen zusammen.

Die sektoralen Programme und deren Bildungsbereiche sind:

- **Comenius** bezieht sich auf Vorschul- und Schulbildung bis zum Ende der Sekundarstufe II sowie Einrichtungen, die entsprechende Bildungsgänge anbieten.
- **Erasmus** adressiert die Hochschulbildung und berufliche Bildung der Tertiärstufe einschließlich Promotionsstudien sowie Einrichtungen, die entsprechende allgemeine oder berufliche Bildungsgänge anbieten bzw. fördern.
- **Leonardo da Vinci** bezieht sich auf Berufsbildung außer der beruflichen Bildung in der Tertiärstufe (Erasmus), sowie Einrichtungen, die entsprechende Bildungsgänge anbieten bzw. fördern.
- **Grundtvig** bezieht sich auf Erwachsenenbildung jeglicher Art sowie Einrichtungen, die entsprechende Bildungsgänge anbieten bzw. fördern.

Die thematischen Programmstränge, die sich über alle Bildungsbereiche erstrecken, sind:

- **Querschnittsprogramm:** Dieses umfasst die politische Zusammenarbeit und Innovation im lebenslangen Lernen, Sprachlernen und die Entwicklung von IKT-gestützten Maßnahmen für das lebenslange Lernen.
- **Jean Monnet Programm:** Dieses umfasst Aktivitäten im Bereich der europäischen Integration in Form der Förderung akademischer Forschung und Betriebskostenzuschüssen für Einrichtungen, die im Bereich der europäischen Integration tätig sind; und für Einrichtungen bzw. Vereinigungen in der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Dossier: Lebenslanges Lernen

Das Dossier "Lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen" thematisiert den Begriff des Lebenslangen Lernens, gibt Einblick in die Österreichische Strategie des Lebenslangen Lernens und informiert über die bildungspolitischen Hintergründe im Kontext europäischer Bildungspolitik.

[zum Dossier "Lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen"](#)

Arbeitsprogramm ET2020

Im Jahr 2009 werden auf Basis der Fortschrittsberichte und Erfahrungen zum Arbeitsprogramm Education & Training 2010 die Rahmenbedingungen und Ziele für den

[strategischen Rahmen Education & Training 2020, ET2020 \(PDF\)](#) als Follow-up der Ziele für 2010 verabschiedet; die [offene Methode der Koordinierung](#) wird beibehalten. Als strategische Ziele werden definiert:

- "Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität;
- Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung
- Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns
- Förderung von Innovation und Kreativität – einschließlich unternehmerischen Denkens" (Rat der 2009).

Der strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET2020) ist bestimmend für Aktionen und Initiativen im Bildungswesen und multilaterale Arbeitsgruppen unterstützen laufend die Umsetzung dieses Rahmenprogramms im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode. Das Monitoring über Fortschrittsberichte durch die Kommission ist engmaschiger gestaltet, nun müssen nationale Ziele aus der europäischen Strategie abgeleitet und jährlich gemessen werden. Die jährlichen Fortschrittsberichte auf nationaler und europäischer Ebene werden im sogenannten [Education and Training Monitor](#) zusammengefasst und veröffentlicht. An abgeleiteten Adaptierungen dieser prioritären Bereiche arbeiten die Mitgliedsstaaten dann unter Verwendung der offenen Koordinierungsmethode gemeinsam weiter.

Im November 2020 wird der letzte Monitor im Rahmen von ET2020 veröffentlicht und darin wird vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie vor allem die Relevanz digitaler Lösungen in der Bildung unterstrichen. Rückblickend wird festgestellt, dass noch immer große Unterschiede in der Zielerreichung auf nationaler Ebene bestehen und zukünftiger Handlungsbedarf besteht. So heißt es im [Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung 2021](#), dass die COVID-19-Pandemie den ohnehin langsamen Fortschritt im Bereich der Erwachsenenbildung in der gesamten EU ausgebremst hat.

2021: Strategischer Rahmen zur allgemeinen und beruflichen Bildung ET2030

Auf Basis der Erfahrungen und Bewertungen der vorangegangenen Jahre wird im Februar 2021 der ab 2021 bis 2030 gültige [strategische Rahmen zur allgemeinen und beruflichen Bildung \(ET2030\)](#) im Europäischen Rat definiert.

Die strategischen Prioritäten bis 2030 sind:

- "Höhere Qualität, mehr Chancengleichheit, bessere Inklusion und mehr Erfolg für alle in der allgemeinen und beruflichen Bildung [...].
- Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität für alle [...].
- Stärkung von Kompetenzen und Motivation in pädagogischen Berufen [...].
- Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels in der und durch die allgemeine und berufliche Bildung [...]." (Rat der EU 2021)

Zur Erreichung dieser Prioritäten wurden Zielvorgaben auf europäischer Ebene festgelegt, zu deren Erreichung jeder Mitgliedstaat auf der Grundlage nationaler Prioritäten bestmöglich beitragen sollte. Im Bereich der Erwachsenenbildung sollen bis 2025 z.B. 47% der Erwachsenen im Alter von 25 bis 64 Jahren in den letzten 12 Monaten eine Weiterbildung genutzt haben. Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zielt auf flexible Kooperation ab, die vor allem durch einen inhaltlichen Austausch auf Ebene von Expertinnen und Experten bzw. Arbeitsgruppen entlang der gemeinsam festgelegten Prioritäten stattfindet (vgl. [Website des BMBWF](#) 2021).

Die Phasen der europäischen Bildungspolitik bis 2010 im Überblick



Grafik: [CC BY](#), C BY 4.0 CONEDU/Schnepfleitner, nach Dewe/Weber 2007, <https://erwachsenenbildung.at>

Die Entwicklung der europäischen Bildungspolitik bis 2010 lässt sich grob betrachtet in vier Phasen gliedern.

Phase 1 dauert von den Gründungsverträgen der Staatengemeinschaft in den 1950er Jahren bis in die Mitte der 1980er Jahre und kann als "Bildung für die Wirtschaft" bezeichnet werden. In dieser Zeitspanne ist der Fokus in der europäischen Bildungspolitik eindeutig auf Aspekten der beruflichen Aus- und Weiterbildung gelegen und Bildung hatte primär den Zweck, den Wirtschaftsstandort Europa zu stärken.

Phase 2 "Bildung für die BürgerInnen" lässt sich von ca. 1985/86 bis zum Vertrag von Maastricht rund um die Jahre 1992/93 festmachen. Darin geht es vor allem um ein Fördern und Festigen der europäischen Dimension in der Bildung und das Schaffen einer europäischen Identität durch Bildung.

Phase 3 wird durch die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht eingeläutet. Sie dauert bis zur Jahrtausendwende an und kann als "Festigung der europäischen Dimension" beschrieben werden betitelt werden. In dieser Phase differenziert die EU ihre Bildungsaktivitäten aus und nimmt auch die Erwachsenenbildung in den Förderkanon auf.

Phase 4 dauert von 2000 bis 2010 und gipfelt in der Lissabon-Strategie. Mit den strategischen Zielsetzungen für die erste Dekade des neuen Jahrtausends wird Bildung wiederum als Mittel zur Stärkung ökonomisch definierter Ziele forciert.

Quellen und weitere Informationen

- [Education and Training 2030](#)
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2021)
- [Entschließung des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus \(2021-2030\)](#)
Rat der Europäischen Union (2021)
- [Bewertung zum Education and Training Monitor 2020: "European countries did not meet the ET2020 targets in education"](#)
European Trade Union Committee for Education (2020)
- [Beitrag im "Pädagogischen Blick": Aktionsprogramme - Europäisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung \(Artikelvorschau\)](#)
Rainer Schabereiter (2020)
- [Analyse: Innovationstransferprojekte aus dem europäischen Berufsbildungsprogramm Leonardo da Vinci \(PDF\)](#)
Rainer Schabereiter (2019)
- [Fortschrittsbericht 2010 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des Arbeitsprogramms Allgemeine und berufliche Bildung 2010](#)
Rat der Europäischen Union und Europäische Kommission (2010)
- [ET2020: Schlussfolgerungen des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung \(PDF\)](#)
Rat der EU (2009)
- [Buch über die europäische Bildungsgeschichte](#)
Europäische Kommission (2006)
- [Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens](#)
Europäisches Parlament und Rat der EU (2006)

- [Entschließung des Europäischen Parlaments zur Sondertagung des Europäischen Rates am 23. und 24. März 2000 in Lissabon](#)
Europäische Gemeinschaften (2000)
- [Grünbuch zur europäischen Dimension des Bildungswesens](#)
Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1993)
- [Vertrag über die Europäische Union](#)
Europäische Gemeinschaften (1992)
- [Beitrag in "European Communities": For a Community policy on education \(PDF\)](#)
Henri Janne (1973)
- [Beschluss des Rates über die Aufstellung allgemeiner Grundsätze über die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung](#)
Europäische Gemeinschaften (1963)
- [Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft](#)
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957)
- [Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl](#)
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951)
- [Website des Europäischen Sozialfonds](#)

RECHTLICHE GRUNDLAGEN VON ERWACHSENENBILDUNG IN DER EU

Das sogenannte primäre und sekundäre Recht bilden die rechtliche Grundlage der EU. Diese äußern sich in Verträgen. Mit dem Vertrag von Maastricht (1993) und dem Vertrag von Amsterdam (1999) erhielt die EU eindeutige Kompetenzen für ihre Tätigkeiten in der allgemeinen und beruflichen Bildung. Dabei folgt das EU-Recht dem Subsidiaritätsprinzip, die Aufgaben sollen also von den Mitgliedsstaaten selbst gelöst werden.

- [Primäres und sekundäres Recht](#)
- [Relevante Verträge für die Erwachsenenbildung](#)
- [Subsidiaritätsprinzip](#)
- [Weitere Informationen](#)

Primäres und sekundäres Recht

Die Verträge der Europäischen Union werden im Rahmen von sogenannten Regierungskonferenzen zwischen den Mitgliedsstaaten verhandelt. Die wichtigste Rechtsgrundlage bildet das sogenannte primäre Recht. Die Regierungen der Mitgliedstaaten handeln dieses aus und schreiben es in gemeinschaftlichen Verträgen nieder. Diese Verträge können nur geändert werden, wenn alle Mitgliedstaaten zustimmen, also wenn die Regierungen die Änderungen beschließen und die nationalen Parlamente sie ratifizieren, also genehmigen. Um sekundäres Recht (Gesetze und Verordnungen) schaffen zu können, braucht

der Gemeinschaftsgesetzgeber immer eine Ermächtigung, die den EU-Verträgen zu entnehmen ist. Das primäre EU-Recht bildet daher eine Art Verfassung, an die sich alle politischen Akteure zu halten haben.

Relevante Verträge für die Erwachsenenbildung: Maastricht und Amsterdam

Vor dem [Vertrag von Maastricht \(1993\)](#) hat der Europäische Gerichtshof gemeinschaftliche Maßnahmen in der Bildungspolitik auf Initiative der Europäischen Kommission und nach Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten über Einzelurteile vollzogen. Mit dem Vertrag von Maastricht (1993) und dem [Vertrag von Amsterdam \(1999\)](#) erhielt die EU eindeutige Kompetenzen für ihre Tätigkeiten in der allgemeinen und beruflichen Bildung. Mit 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft und er ist bis heute die gültige Rechtsgrundlage für das Handeln der Europäischen Union (Stand 2021). Dieser regelt die Kompetenzverteilungen und die Arbeitsweise der EU-Organe und soll die Union in Zukunft handlungsfähiger machen. [TITEL XII des Lissaboner Vertrags "Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport" \(PDF\)](#) umfasst die "Artikel 165 AEUV (ex-Artikel 149 EGV Allgemeine Bildungspolitik)" und "Artikel 166 AEUV (ex-Artikel 150 "Berufsbildungspolitik)" und legt die diesbezüglichen Kompetenzen und Ziele der Gemeinschaft fest.

Subsidiaritätsprinzip

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Europäischen Union liegt seit der vertraglichen Festlegung von Bildung als eigenen Politikbereich auf der Erlassung von Förderprogrammen, sogenannten Aktionsprogrammen, sowie auf koordinierenden Tätigkeiten. Die Verantwortung für die Ausgestaltung der Bildungspolitik bleibt dabei grundsätzlich bei den Mitgliedsstaaten. Die Gemeinschaft kann die Mitgliedsstaaten nicht zur Harmonisierung, also zur politischen Abstimmung ihrer jeweiligen Rechtsvorschriften, zwingen. Die Mitgliedsstaaten sind also selbst dafür zuständig, entsprechende Gesetze zu erlassen, die Gemeinschaft ist nur handlungsbefugt, wenn Ziele von geplanten Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen. Die Rolle der EU im Bildungsbereich ist also darauf beschränkt, die Aktivitäten der Mitgliedsstaaten zu unterstützen, zu koordinieren oder zu ergänzen.

Weitere Informationen

[Die Verträge der Europäischen Union online](#)

Die digitalen Versionen der Gründungsverträge, der Verträge von Maastricht und Lissabon stehen als Download zur Verfügung.

[EU-Recht](#)

Die EU-Website bietet Informationen zu Grundbegriffen und Dokumenten im Europäischen Recht.

[Subsidiaritätsprinzip](#)

Informationen zum Ursprung und der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in Europa bietet die Seite des Europäischen Parlaments.

[Zusammenfassungen der EU-Vorgaben: Bildung, Ausbildung, Jugend](#)

Diese Seite zum EU-Recht beinhaltet Zusammenfassungen der EU-Vorgaben in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Jugend und Sport.

[TITEL XII des Lissaboner Vertrags "Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport" \(PDF\)](#)

Der Vertrag über eine Verfassung für Europa ist als Download verfügbar. Das PDF gibt u.a. Auskunft über Definition und Ziele der Union, Grundrechte, Zuständigkeiten der Union, ihre Organe und Einrichtungen.

DIE WICHTIGSTEN POLITISCHEN ORGANE DER EUROPÄISCHEN UNION

Der Europäische Rat

Der Europäische Rat besteht aus den Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, dem Präsidenten des Europäischen Rates sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission und bestimmt allgemeine politische Zielsetzungen und Prioritäten der Europäischen Union.

Die Europäische Kommission

Die Europäische Kommission als Exekutivorgan der Union hat 27 Mitglieder (Stand 2021), die von jedem der EU-Staaten nominiert werden (ein Kommissionsmitglied je Mitgliedsstaat). Sie fördert die allgemeinen Interessen der EU durch Vorschläge für neue europäische Rechtsvorschriften und deren Durchsetzung, setzt Strategien um und verwaltet den EU-Haushalt. Bei der Verwaltung der Förderprogramme im Bildungsbereich wird sie von der Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) unterstützt. Innerhalb der Kommission selbst sind die Zuständigkeiten für die Erwachsenenbildung folgendermaßen aufgeteilt: Die Erwachsenen- und Berufsbildungspolitik mit ihren Planungs- und Steuerungsaufgaben ist der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Inklusion (DG EMPL) zugeteilt, während die Förderprogramme wie ERASMUS+ sowie die Austauschplattform EPAL und einige koordinierende Aufgaben im Bereich der

Erwachsenenbildung der Generaldirektion für Bildung, Jugend, Sport und Kultur (DG EAC) obliegen.

Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union tritt je nach Politikbereich in unterschiedlichen Formationen zusammen und besteht aus den jeweiligen Ministern der Mitgliedsstaaten. Jedes EU-Land übernimmt in einem sechsmonatigen Rotationsprinzip wechselweise den Vorsitz. Er ist oberste Entscheidungsinstanz und gemeinsam mit dem Europäischen Parlament Hauptbeschlussorgan der EU.

Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament besteht aus 705 von den EU-BürgerInnen direkt gewählten Abgeordneten aus sieben Fraktionen (Stand 2021) und ist gesetzgebend bzw. genehmigt den Haushalt.

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) setzt sich aus RichterInnen jedes Mitgliedslandes sowie aus elf GeneralanwältInnen zusammen. Er legt EU-Recht aus und gewährleistet damit, dass es in den Mitgliedsländern gleichermaßen angewendet wird. Außerdem entscheidet er in Rechtsfragen zwischen Regierungen und EU-Institutionen; auch Einzelpersonen bzw. Organisationen oder Unternehmen können den EuGH anrufen.

Die Europäische Zentralbank (EZB)

Die Europäische Zentralbank (EZB) verwaltet den Euro als gemeinsame Währung, die Preisstabilität und die Umsetzung der Wirtschafts- und Währungspolitik der EU. Sie setzt sich grob betrachtet aus PräsidentIn und VizepräsidentIn der EZB sowie den PräsidentInnen der nationalen Zentralbanken aller EU-Mitgliedstaaten zusammen.

Quellen und weitere Informationen

- [Institutionen und Einrichtungen der EU](#)
- [Europäischer Rat](#)
- [Europäische Kommission](#)
- [Rat der EU](#)
- [Europäisches Parlament](#)
- [Europäischer Gerichtshof \(EuGH\)](#)
- [Europäische Zentralbank \(EZB\)](#)

GLOSSARE ZUR EUROPÄISCHEN ERWACHSENENBILDUNG

Wörterverzeichnisse zu Erwachsenenbildung in der EU unterstützen dabei, länderspezifische Fachbegriffe einzuordnen und Unterschiede zu erkennen. Hier finden Sie eine Sammlung von verfügbaren Glossaren.

Länderspezifische Glossare auf Eurydice

Das EU-Bildungsinformationsnetz Eurydice stellt bei jeder Länderseite auch ein [Glossar](#) (2021/2022) zur Verfügung. Hier werden die im jeweiligen Land gebräuchlichen Termini aus dem gesamten Bildungsbereich auf Englisch erklärt.

European Adult Learning Glossary

Das Glossar aus dem Jahr 2008 ist ein Kooperationsprojekt, das britische ExpertInnen veröffentlicht haben. Es gibt davon zwei Bände: [Level 1 \(PDF\)](#) bietet neben Kurzdefinitionen einschlägiger Begriffe auch Übersetzungen in 28 EU-Sprachen, jeweils ausgehend vom englischen Terminus. Es ist als Praxistool für die Verwaltung und für eine verbesserte Kommunikation zwischen den Mitgliedsstaaten konzipiert. Es enthält vor allem jene Begriffe, die einer Einigung bedürfen. Das zugehörige [Level-2-Glossary \(PDF\)](#) enthält deutlich mehr Begriffe und ist an spezialisierte ExpertInnen adressiert. Es soll in erster Linie das Monitoring des Erwachsenenbildungssektors unterstützen. Anders als im Level 1 sind die Begriffe hier thematisch organisiert.

Terminology of European education and training policy

Dieses mehrsprachige [Glossar](#) in seiner zweiten Ausgabe 2014 hat Cedefop herausgegeben. Es definiert 130 Schlüsselbegriffe der europäischen Bildungspolitik. Das Glossar baut auf Veröffentlichungen von 2004 und 2008 auf und berücksichtigt Prioritäten der europäischen Bildungspolitik, z.B. in der Kompetenzanalyse.

Glossary of Adult Learning in Europe

Das [Glossary of Adult Learning in Europe](#) hat die UNESCO 1999 herausgegeben. Es enthält detaillierte Erklärungen zur Entstehung der relevanten Konzepte und Begriffe in den Ländern Europas. Der Fokus dieses Glossars liegt auf Begriffserklärung und nicht auf Übersetzung.

Weitere Informationen

- [Glossary of Adult Learning in Europe](#)
- [European Adult Learning Glossary - Level 1 \(PDF\)](#)

- [European Adult Learning Glossary - Level 2 \(PDF\)](#)
- [Terminology of European education and training policy](#)
- [Länderspezifische Glossare auf Eurydice](#)
- [Glossary: Adult education policy in Europe](#)
- [European Adult Learning Glossary in verschiedenen Sprachen](#)

INSTRUMENTE DER EU-BILDUNGSPOLITIK

Die EU-Mitgliedsstaaten sind grundsätzlich selbst für die Gestaltung ihrer Bildungssysteme und ihrer Bildungspolitik verantwortlich: der Bildungsbereich liegt außerhalb des [Primärrechts](#) der Europäischen Union, die hier, entsprechend dem [Subsidiaritätsprinzip](#), nur fördernd, unterstützend oder ergänzend eingreifen darf. Zugleich sind die zentralen und dezentralen Einrichtungen der Europäischen Union richtungsweisend für die europäische Erwachsenenbildung und die Union hat eine Reihe von Instrumenten für die Steuerung der europäischen Bildungspolitik zur Verfügung:

Soft Law in der EU-Bildungspolitik

Soft Law bezeichnet "weiche Vorschriften". Diese sind rechtlich nicht verbindlich, entfalten aber als Absichtserklärungen einer gemeinsamen Politik in den Mitgliedsstaaten politische Wirkung. Soft Law zeigt sich in Empfehlungen, Schlussfolgerungen oder Mitteilungen des Europäischen Rates bzw. der Europäischen Kommission. Nationale bildungspolitische Diskurse und Entscheidungen werden von den Themen und Botschaften solcher Veröffentlichungen mitbestimmt.

So kommt es zum Soft Law

Die "weichen Vorschriften" gehen aus einem Zusammenspiel von hoch formalisierten und informellen Prozessen hervor. So werden die Schlussfolgerungen des Rates im Bildungsbereich z.B. aus folgenden Quellen initiiert:

- aus dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission,
- aus besonderen Anliegen der jeweiligen Präsidentschaft oder auch
- aus auftretenden gesellschaftspolitischen Ereignissen (z.B. COVID-19-Pandemie).

Dazu entwirft die Kommission jeweils Strategiepapiere, die der [Ausschuss für Bildungsfragen \(Education Committee\)](#) behandelt und bearbeitet, bis keine gravierenden Vorbehalte mehr vorliegen.

Anschließend durchlaufen die Entwürfe den Ausschuss der [Ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten \(ASTV\)](#) und kommen dann in den Rat der BildungsministerInnen, wo sie einstimmig beschlossen werden müssen, um wirksam zu werden.

In dieser Konstellation treffen sich die MinisterInnen für Bildung, Kultur, Jugend, Kommunikation und Sport ca. drei- bis viermal im Jahr. Zusätzlich werden regelmäßig hochrangige informelle BeamtInnenentreffen durchgeführt (z.B. High Level Group; Treffen der GeneraldirektorInnen für Hochschulbildung, Berufsbildung, sowie Schule etc.). Dort

findet eine strategische Kooperation von Personen mit realpolitischem Einfluss unterhalb der MinisterInnen-Ebene statt, die ebenfalls von der Kommission koordiniert wird.

Weitere Informationen

- [Ausschuss für Bildungsfragen](#)
- [Ausschuss der Ständigen Vertreter \(ASTV\)](#)

Offene Methode der Koordinierung (OMK) in der EU-Bildungspolitik

Die Offene Methode der Koordinierung (OMK) ist eine Methode der Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Die EU hat sie im Rahmen der Definition der [strategischen Zielsetzungen der Europäischen Union für 2010](#) implementiert. Sie ist das zentrale Instrument im Rahmen der Umsetzung der europäischen Ziele im Bildungsbereich, in dem die EU-Organe keine rechtlich verbindliche Gestaltungskompetenz haben. Dabei erhalten die Mitgliedsstaaten zentral formulierte Zielvorgaben, sogenannte Benchmarks, die über jährliche Berichte (Monitoring) miteinander verglichen und durch Best -Practices verbessert werden sollen. Bildungspolicies der Mitgliedsländer werden mit diesem Instrument zum Teil harmonisiert, während die Zuständigkeiten von Union und Mitgliedsstaaten gewahrt bleiben. Die OMK setzt dabei auf die freiwillige Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten.

- [Grundsätze der Offenen Methode der Koordinierung](#)
- [Grundbausteine der Offenen Methode der Koordinierung](#)
- [Monitoring und Benchmarks in der EU-Bildungspolitik](#)
- [Weiterbildungsbeteiligung: zentraler Benchmark in der europäischen Erwachsenenbildung](#)
- [Weitere Informationen](#)

Grundsätze der Offenen Methode der Koordinierung (OMK)

2001 hat sich die Europäische Kommission im [Weißbuch "Europäisches Regieren"](#) dazu verpflichtet, zu einer verstärkten Kultur der Konsultation und des Dialogs in der EU beizutragen. Im Weißbuch sind fünf einander ergänzende Grundsätze formuliert, auf denen gutes Regieren basiert, das auch den EuropäerInnen gemeinschaftliche Institutionen näherbringt:

- **"Offenheit":** Die Organe sollten mehr Gewicht auf Transparenz und Vermittlung ihrer Entscheidungen legen.
- **Partizipation:** Die Bürger müssen systematischer in die Gestaltung und Umsetzung der Politik einbezogen werden.
- **Verantwortlichkeit:** Die Rollenverteilung im Entscheidungsprozess muss klarer sein. Jeder Akteur muss die Verantwortung für die ihm zukommende Rolle übernehmen.

- **Effektivität:** Die Entscheidungen müssen auf der richtigen Ebene und zum richtigen Zeitpunkt getroffen werden und die geforderten Ergebnisse zeitigen.
- **Kohärenz:** Das politische Handeln der Union ist äußerst vielfältig und erfordert ein verstärktes Bemühen um Kohärenz." (Europäische Kommission 2001)

Grundbausteine der Offenen Methode der Koordinierung (OMK)

Die Offene Methode der Koordinierung umfasst drei grundlegende Aufgabenbereiche:

- **Gemeinsame Ziele identifizieren und festlegen:** Die Ziele werden auf EU-Ebene im Ministerrat beschlossen und sind für die Staaten im Sinne einer politischen Selbstverpflichtung wirksam; sie umfassen auch Indikatoren und Benchmarks, die laufend angepasst werden.
- **EU-Ziele auf nationaler Ebene umsetzen:** Die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele werden auf einzelstaatliche Ebene heruntergebrochen und definiert.
- **Monitoring durchführen:** Ob und wie die einzelnen Mitgliedstaaten die gemeinsamen Ziele erreicht haben, untersucht die Kommission über Monitoring. Dieses beruht auf einer politischen Selbstverpflichtung. Dazu veröffentlicht die Kommission jährliche Fortschrittsberichte und Analysen auf Basis von nationalen Informationen (Education and Training Monitor).

Monitoring und Benchmarks in der EU-Bildungspolitik

Das Monitoring über vorab zentral definierte Indikatoren und Benchmarks ist ein Wesensmerkmal der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) und soll den Grad der Zielerreichung messbar machen. Sowohl für die [Strategien ET2010](#) als auch [ET2020](#) wurden Ziele vereinbart und mit den dementsprechenden Indikatoren und Benchmarks versehen.

Weiterbildungsbeteiligung: zentraler Benchmark in der europäischen Erwachsenenbildung

Für die Erwachsenenbildung ist vor allem die Benchmark zur Weiterbildungsbeteiligung relevant:

2003 wurde eine europaweite Weiterbildungsbeteiligung Erwachsener (25-64 Jahre) vom 12,5% angepeilt und bis 2010 nicht erreicht; im abschließenden [Fortschrittsbericht](#) wurden außerdem sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern festgemacht. Dennoch wurde die Zielvorgabe in weiterer Folge auf 15% angehoben.

In Österreich wies Statistik Austria 2010 für den Strukturindikator noch einen Wert von 13,7% aus, 2014 wurde bereits ein Wert von 14,2% erreicht. Mit dem Jahresdurchschnitt 2017 lag in Österreich der Strukturindikator erstmals über dem Benchmark, nämlich bei

15,8%. Im Rahmen der aktuellen Strategie ET2030 soll die Teilnahme von Erwachsenen an Bildungsangeboten in den letzten 12 Monaten bis zum Jahr 2025 mindestens 47% betragen (Stand 2021).

Weitere Informationen

- [Fortschrittsbericht 2010 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des Arbeitsprogramms ET2010](#)
Europäische Union (2010)
- [Weißbuch "Europäisches Regieren"](#)
Europäische Kommission (2001)
- [Informationen zum EU-Arbeitsprogramm ET2010](#)
- [Informationen zum EU-Arbeitsprogramm ET2020](#)

Nationale KoordinatorInnen für die Erwachsenenbildung

Die EU hat Nationale KoordinatorInnen im Zuge der [Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung](#) damit beauftragt, zur Implementierung der Agenda in ihrem jeweiligen Land beizutragen.

- [Aufgaben Nationaler KoordinatorInnen](#)
- [Standorte Nationaler Koordinierungsstellen](#)
- [Weitere Informationen](#)

Aufgaben Nationaler KoordinatorInnen

Ihre Aufgabe besteht unter anderem in der Kommunikation und Kooperation mit relevanten Stakeholdern. Sie vertreten die Anliegen der Erwachsenenbildung im jeweiligen nationalen Kontext und fördern die Erwachsenenbildung in ihren Ländern. Außerdem geben sie politische Empfehlungen und leisten Unterstützung, auch an den Schnittstellen zu anderen Politikfeldern wie Arbeitsmarkt, Gesundheit oder Soziales. Sie fungieren weiters als nationale Kontaktstelle für die Kommission und unterstützen andere Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der Agenda für Erwachsenenbildung.

Standorte Nationaler Koordinierungsstellen

Das Netz nationaler KoordinatorInnen wird in Form regelmäßiger Treffen in Brüssel von der Kommission koordiniert. Aktuell (Stand 2021) gibt es 33 KoordinatorInnen bzw. Koordinierungsstellen in den Ländern der EU sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen, der Schweiz und der Türkei. In Österreich ist die Koordinationsrolle bei der [Abteilung Erwachsenenbildung I/14 des Bundesministeriums für Bildung Wissenschaft und Forschung \(BMBWF\)](#) angesiedelt.

Weitere Informationen

- [Europäische Agenda für die Erwachsenenbildung](#)

Europäische Jahre

Europäische Jahre sind bestimmten Themen gewidmet und bewirken so eine besondere Aufmerksamkeit bzw. Sensibilisierung für spezifische Inhalte und Anliegen. Üblicherweise gibt die EU auch zusätzliche finanzielle Mittel für Aktivitäten und Veranstaltungen frei, um auf die Bedeutung des jeweiligen Themas aufmerksam zu machen. Die Themen für die Jahresschwerpunkte schlägt die Europäischen Kommission vor, die Regierungen der Mitgliedsländer bzw. das Europäische Parlament nimmt sie an.

Für die Erwachsenenbildung war 1996 als "[Europäisches Jahr des lebensbegleitenden Lernens](#)" besonders relevant.

Die letzten Europäischen Jahre im Überblick

- 2021: Europäisches Jahr der Schiene
- 2018: Europäisches Jahr des Kulturerbes
- 2015: Europäisches Jahr für Entwicklung
- 2013/2014: Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger
- 2012: Europäisches Jahr für aktives Altern
- 2011: Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit
- 2010: Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
- 2009: Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation
- 2008: Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs
- 2007: Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle
- 2006: Europäisches Jahr der Mobilität der Erwerbstätigen
- 2005: Europäisches Jahr der Bürgerschaft durch Erziehung
- 2004: Europäisches Jahr der Erziehung durch Sport

Nachrichten-Serie zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015

erwachsenenbildung.at hat 2015 das Thema des Europäischen Jahres aufgegriffen, um die gemeinsamen Handlungsfelder von Erwachsenenbildung und Entwicklungszusammenarbeit zu definieren und sichtbar zu machen.

- [zur Nachrichtenserie](#)

Weitere Informationen

- [Informationen zu den europäischen Jahren](#)
- [Informationen zum Europäischen Jahr des lebensbegleitenden Lernens \(1996\)](#)

Das Europäische Semester

Das Europäische Semester bezeichnet einen Arbeitsablauf zur Abstimmung der EU-Politik. Es gehört zum Rahmenwerk der Europäischen Union für die wirtschaftspolitische Steuerung. Das erste Europäische Semester hat die EU 2011 im Rahmen der strategischen Zielsetzungen bis 2020 durchgeführt, um eine stärkere wirtschaftspolitische Steuerung und eine bessere Koordinierung der nationalen Politiken zu erreichen. Das Europäische Semester wird auch im Rahmen der strategischen Ziele bis 2030 weitergeführt.

- [Ablauf des Europäischen Semesters](#)
- [Länderspezifische Empfehlungen für Österreich](#)
- [Weitere Informationen](#)

Ablauf des Europäischen Semesters

Die Bezeichnung "Semester" erklärt sich daraus, dass sich die wichtigsten Prozesse im Wesentlichen auf die ersten sechs Monate eines Jahres erstrecken. Die Kommission überprüft dabei die nationalen Haushaltsentwürfe und Reformpläne, bevor diese von den einzelnen Parlamenten beschlossen werden. Sie analysiert diese haushaltspolitischen und strukturellen Pläne der Mitgliedsstaaten und gibt ihnen jeweils zugeschnittene Empfehlungen für die darauffolgenden Monate. Der Rat genehmigt und veröffentlicht diese länderspezifischen Empfehlungen (Country Specific Recommendations, CSR) üblicherweise Ende Juni.

Wenngleich das Europäische Semester ursprünglich vor allem wirtschaftspolitischer Natur gewesen ist, umfasst auch mittlerweile andere relevante Politikbereiche. So kündigte z.B. die Kommission zu Jahresende 2019 ihre Absicht an, die [Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung \(SDG\)](#) in das Europäische Semester aufzunehmen.

Die Pläne und Budgets des Bildungsbereichs sind also ebenso mit betroffen wie die aller anderen Politikbereiche.

Länderspezifische Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters für Österreich

Die relevanten [Empfehlungen für Österreich](#) für die Jahre 2020 und 2021 betreffen folgende Punkte:

- Pandemiebekämpfung mit wirtschafts- und gesundheitspolitischen Maßnahmen,
- Zugang zu Bildung und vermehrtem digitalen Lernen für alle,
- Unterstützungsmaßnahmen für Klein- und Mittelbetriebe (KMU),
- Steuerpolitische Maßnahmen. (vgl. Europäische Kommission 2020)

Weitere Informationen

- [Das Europäische Semester](#)
- [Länderspezifische Empfehlungen für Österreich 2020](#)
Europäische Kommission (2020)

STRATEGIEN UND ENTWICKLUNGEN DER EU-BILDUNGSPOLITIK

Die Europäische Union richtet ihre Aktivitäten an Strategien aus, so auch im Bereich der Bildung. Die Strategie ET2030, ET2020, Europa 2020, der Kopenhagen-Prozess, die Lissabon-Strategie und das Memorandum für Lebenslanges Lernen sind besonders relevante Strategien für die Erwachsenenbildung ab dem Jahr 2000.

Aktuelle Schwerpunkte

Die Strategie ET2030 ist eine zentrale Rahmenstrategie für die europäische Bildungspolitik. Zusätzlich verabschiedet die EU laufend neue Policies. Das können z.B. Entschlüsse oder Schlussfolgerungen sein, die auf die europäische und nationale Bildungspolitik Einfluss haben.

- [Strategie ET2030](#)
- [Finanzrahmen 2021-2027](#)
- [Aktuelle Nachrichten zu Entwicklungen in der EU-Bildungspolitik](#)

Strategie ET2030

Auf Basis von Mitteilungen der Europäischen Kommission, u.a. folgende

- europäischer Grüner Deal (2019)
- Gestaltung der digitalen Zukunft Europas (2020)
- Aktionsplan für die digitale Bildung 2021-2027 (2020)
- [Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz \(2020\)](#)

hat der Rat der EU am 26. Februar 2021 die "[Entschließung des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus \(2021-2030\)](#)" veröffentlicht.

Die Umsetzung dieses strategischen Rahmens, aufbauend auf den Erfahrungen der beiden Vorgängerstrategien ET2010 und ET2020, wird weiterhin von ExpertInnengruppen in den jeweiligen Bildungsbereichen begleitet und der jährlich veröffentlichte "[Monitor für die](#)

[allgemeine und berufliche Bildung / Education and Training Monitor](#)" ist das zentrale Mittel zur Überprüfung der Maßnahmen zur Zielerreichung auf nationaler Ebene. Auch das "[Europäische Semester](#)" wird als Instrument zur Bewertung des sozio-ökonomischen Fortschritts in den Mitgliedsländern im Rahmen der Strategie weitergeführt. Das sind die zentralen Schwerpunkte der Strategie ET2030:

Ökologischer und digitaler Wandel

Das 21-seitige Dokument unterstreicht die Rolle von allgemeiner und beruflicher Bildung für die Zukunft Europas und fordert die Weiterentwicklung eines gemeinsamen und offenen europäischen Bildungsraums als übergeordnetes politisches Ziel. Die Hauptziele sind:

- persönliche, soziale und berufliche Verwirklichung aller BürgerInnen unter gleichzeitiger Förderung von demokratischen Werten, Gleichheit, sozialem Zusammenhalt, aktiver Bürgerschaft und interkulturellem Dialog,
- nachhaltiger wirtschaftlicher Wohlstand, ökologischer und digitaler Wandel und Beschäftigungsfähigkeit.

Mit dem strategischen Rahmen verfolgt die EU folgende fünf Prioritäten bis 2030:

- Höhere Qualität, mehr Chancengleichheit, bessere Inklusion und mehr Erfolg für alle in der allgemeinen und beruflichen Bildung,
- Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität für alle,
- Stärkung von Kompetenzen und Motivation in pädagogischen Berufen,
- Stärkung der europäischen Hochschulbildung,
- Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels in der und durch die allgemeine und berufliche Bildung.

Die Umsetzung und das Monitoring beruht auf der Anwendung der [Offenen Methode der Koordinierung](#), wobei wiederum die Bedeutung der Mitgliedsstaaten zur Zielerreichung unterstrichen wird. Der Zeitraum bis 2030 wird dazu in zwei fünfjährige Zyklen unterteilt. Der erste Zyklus sollte die Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025 ermöglichen. Dazu hat der Rat den genannten fünf Prioritäten konkrete Themen und Maßnahmen zugeordnet. Danach erfolgt eine Zwischenüberprüfung der prioritären Bereiche, um sie den erzielten Fortschritten und aktuellen Herausforderungen anzupassen.

Europäische Durchschnittswerte sollen als zu erreichende Richtwerte gelten und das Monitoring der Umsetzung unterstützen. Sie sind jedoch nicht als konkrete Zielvorgaben für einzelne Länder zu sehen.

Höhere Bildungsabschlüsse und Weiterbildungsteilnahme

Folgende Zielvorgaben im Bereich der Erwachsenenbildung soll die EU bis 2030 erreichen:

- Weniger als 9 % der Lernenden sollten die Schule oder Berufsausbildung abbrechen.

- Der Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss sollte mind. 45 % betragen.
- Bis zum Jahr 2025 sollte der Anteil junger Absolvent*innen, die im Rahmen ihrer beruflichen Aus- und Weiterbildung von Lernen am Arbeitsplatz profitieren konnten, mind. 60 % betragen.
- Bis zum Jahr 2025 sollten mind. 47 % der Erwachsenen im Alter von 25 bis 64 Jahren in den letzten 12 Monaten Bildungsangebote genutzt haben.

Finanzrahmen 2021-2027

Ergebnisse von Evaluationen auf nationaler und europäischer Ebene am Ende von ET2020 unterstrichen ein nach wie vor bestehendes Verbesserungspotential der Erwachsenenbildungssysteme und forderten eine massive Aufstockung der finanziellen Mittel. Die finanzielle Ausgestaltung von Aktionsprogrammen als wesentliche Instrumente auf operativer Ebene gestaltete sich jedoch als ein zähes Ringen zwischen den Forderungen der Kommission und den Vorschlägen des Europäischen Rates bzw. der Position des Europäischen Parlaments. Am Ende konnte z.B. für das Programm Erasmus+ erst im Dezember 2020 eine politische Einigung erzielt, jedoch nahezu eine Verdoppelung des Budgets erreicht werden. Die im Mai 2021 erlassene [Verordnung zur neuen Programmgeneration](#) galt rückwirkend ab 1. Jänner.

Auch das Budget für den Europäischen Sozialfonds (ESF) für 2021-2027 wurde auf über 88 Mrd. Euro erhöht und er wurde mit dem FEAD (Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen), der YEI (Jugendbeschäftigungsinitiative) sowie dem EaSI (EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation) unter dem adaptierten Namen ESF+ zusammengefasst.

Strategie Europa 2020

Mit der Strategie "Europa 2020" wollte die Europäische Kommission 2010 die Finanzkrise überwinden. In der Zehn-Jahres-Strategie legte sie Kernziele für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum fest. Bildung war dabei ein Kernbereich der Wachstumsstrategie. Aufbauend auf der Strategie folgten mehrere Agenden und Empfehlungen.

- [Ziele der Strategie "Europa 2020"](#)
- [Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten](#)
- [Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen](#)
- [Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz](#)

Ziele der Strategie "Europa 2020"

Im März 2010 hat die Europäische Kommission den Nachfolgeplan zur Lissabon-Strategie mit dem Titel ["Europa 2020" \(PDF\)](#) vorgelegt, mit dem Europa auf die anhaltende Wirtschaftskrise reagierte. Die Zehn-Jahres-Strategie bildete einen strategischen Rahmen für ein "intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum" (Europäische Kommission 2010) und zielte auf die Überwindung der Finanzkrise ab.

Im Rahmen der Strategie schlug die Kommission fünf messbare Leitziele auf EU-Ebene vor, die gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten bis 2020 erreicht werden sollten:

- 75% der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollten Arbeit haben,
- 3% des BIP der EU sollten für Forschung und Entwicklung eingesetzt werden,
- die [20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele](#) erreichen,
- der Anteil der SchulabbrecherInnen sollte auf unter 10% sinken,
- die Zahl der armutsgefährdeten Menschen sollte um 20 Millionen sinken.

Bildung war also ein Kernbereich der Wachstumsstrategie. Das Festlegen daraus abgeleiteter bildungspolitischer Strategien und Benchmarks bzw. Indikatoren stand unter dem Eindruck dieser Zielsetzungen und orientierte sich stark an der arbeitsmarktpolitischen Situation. Darauf aufbauend folgten mehrere Agenden und Empfehlungen:

Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten

Die ["Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten"](#) aus 2011 enthält Leitaktionen und begleitenden Maßnahmen für besser funktionierende Arbeitsmärkte, für eine Steigerung der Kompetenzen von Arbeitskräften, bessere Arbeitsbedingungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie sollte das Ziel der Strategie Europa 2020 unterstützen, eine Beschäftigungsquote von 75% bis 2020 zu erreichen.

Die Kommission forderte eine bessere Steuerung von Kompetenzen und eine gezieltere Beschäftigungs-, Bildungs- und Weiterbildungspolitik anhand von Arbeitsmarktdaten. Sie empfahl die Umsetzung eines [Flexicurity-Ansatzes](#) – eine Strategie, um gleichzeitig Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu stärken. Weitere Ziele waren, die individuellen Beschäftigungschancen durch Aus- und Weiterbildung zu stärken, die SchulabbrecherInnenquote zu senken und die AkademikerInnenquote zu erhöhen. Diese Agenda war eine der Leitinitiativen im Rahmen der Strategie "Europa 2020".

Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen

2016 hat die Europäische Kommission eine neue Agenda zur Verbesserung der Kompetenzen von Beschäftigten in Europa vorgelegt. Die ["neue europäische Agenda für Kompetenzen"](#) setzte folgende Kernziele:

- Qualität und Relevanz des Kompetenzerwerbs verbessern,
- die Vergleichbarkeit von Qualifikationen verbessern,
- die Erfassung von Daten über Kompetenzen verbessern, um fundierte Berufsentscheidungen zu fördern.

Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz

Die [Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz \(PDF\)](#) aus 2020 basiert auf den Maßnahmen der Agenda für Kompetenzen der Kommission von 2016. Sie ist ein Fünfjahres-Plan, mit dem Einzelpersonen und Unternehmen dabei unterstützt werden sollen, weitere und bessere Kompetenzen zu entwickeln und sie zu nutzen. Sie beinhaltet folgende Ziele:

- nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit stärken (Europäischer Green Deal),
- soziale Gerechtigkeit und Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung und lebenslangem Lernen für alle Menschen in der EU gewährleisten,
- Widerstandsfähigkeit in Krisensituationen (z.B. COVID-19) stärken.

Folgende Indikatoren sollen demnach bis 2025 erreicht werden:

- 50% der Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren sollen an Bildungsmaßnahmen innerhalb der letzten 12 Monate teilgenommen haben,
- 30% der gering qualifizierten Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren sollen an Bildungsmaßnahmen in den letzten 12 Monaten teilgenommen haben,
- 20% der arbeitslosen Erwachsener zwischen 25 und 64 Jahren sollen eine Lernerfahrung jüngeren Datums gemacht haben,
- 70% der Erwachsenen zwischen 16 und 74 Jahren sollen über zumindest grundlegende digitale Kompetenzen verfügen.

Weitere Informationen

- [Strategie Europa 2020 \(PDF\)](#)
Europäische Kommission (2010)
- [Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten](#)
Europäische Kommission (2010)
- [Begriff Flexicurity erklärt](#)
- [Eine neue Europäische Agenda für Kompetenzen](#)
Europäische Kommission (2016)
- [Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz \(PDF\)](#)
Europäische Kommission (2020)

Strategie ET2020

Der Rat der Europäischen Union hat 2009 die Bildungsstrategie "ET 2020" beschlossen. Sie bildete den strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung. Lebenslanges Lernen und ein wissensbasiertes Europa waren die Leitmotive der Strategie.

- [Ziele der Strategie ET2020](#)
- [Benchmarks der Strategie ET2020](#)
- [Thematische Schwerpunkte in ET2020](#)
- [Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft 2018](#)
- [Bilanz der gesteckten Ziele](#)

Im Jahr 2009 hat der Rat der Europäischen Union die [Bildungsstrategie "ET 2020" \(Allgemeine und berufliche Bildung 2020\)](#) beschlossen und damit einen strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung geschaffen. Der Rahmen baut auf dem Vorläuferprogramm "[Allgemeine und berufliche Bildung 2010 \(ET 2010\)](#)" auf. Auf dieses Rahmenprogramm bezog sich die Erwachsenenbildungspolitik bis 2020. Lebenslanges Lernen und ein wissensbasiertes Europa waren Leitmotive und die Mitgliedsstaaten sollten beim Ausbau ihrer nationalen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung unterstützt werden.

Ziele der Strategie ET2020

Die Strategie umfasste vier strategische Ziele:

- **Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität:** Dazu gehören umfassende nationale LLL-Strategien, die Einführung von kompetenzbasierten nationalen Qualifikationsrahmen, die Schaffung flexiblerer Lernwege und Übergänge zwischen Bildungsbereichen, verbesserte Beratungssysteme, eine verbesserte Förderung der Erwachsenenbildung, die Ausweitung der Mobilität und die Nutzung neuer Technologien.
- **Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung:** Dies umfasst u.a. den Erwerb von Schlüsselkompetenzen, die wirksame Qualitätssicherung und die entsprechende Aus- und Weiterbildung der Unterrichtenden.
- **Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns:** Dieser Bereich umfasst z.B. die gezielte Förderung von Bildungsbenachteiligten und MigrantInnen, die Sicherstellung von Lernmöglichkeiten für alle und die Förderung demokratischer Werte.
- **Förderung von Innovation und Kreativität ein-schließlich unternehmerischen Denkens:** Dieses Ziel umfasst auch eine stärkere Ausrichtung des Lernens auf die am Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen und Qualifikationen.

Das Rahmenprogramm ET2020 sah eine Reihe von mehrjährigen Arbeitszyklen bis 2020 vor. Für jeden Zyklus wurden prioritäre Bereiche für die europäische strategische Zusammenarbeit festgelegt. Am Ende eines jeden Zyklus wurde ein gemeinsamer Bericht des Rates und der Kommission über die Umsetzung erstellt, der dann jeweils als Planungsgrundlage für die Folgeperiode diente.

Benchmarks der Strategie ET2020

Mit ET2020 sollten folgende Benchmarks auf europäischer Ebene bis 2020 im Bereich der Erwachsenenbildung erreicht werden:

- mindestens 40% der 30- bis 34-Jährigen sollten einen Hochschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss haben,
- mindestens 15% der Erwachsenen sollen am lebenslangen Lernen teilnehmen,
- mindestens 20% der HochschulabsolventInnen und 6% der 18- bis 34-Jährigen mit einer beruflichen Erstqualifizierung sollen einen Auslandsaufenthalt zu Studien- oder Ausbildungszwecken absolviert haben,
- mindestens 82% der 20- bis 34-jährigen Beschäftigten, die ihre Ausbildung vor ein bis drei Jahren abgeschlossen haben, soll mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II haben.

Thematische Schwerpunkte in ET2020

Entsprechend der Mitteilung "Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen", auch bekannt als "[Rethinking Education](#)", sollten Umfang und Tempo der Reformen erhöht werden, um das angepeilte Gesamtziel von Wachstum und Beschäftigung durch hochwertige Qualifikationen zu unterstützen. Der Bekämpfung der steigenden Jugendarbeitslosigkeit galt dabei besondere Aufmerksamkeit. Es sollte mehr in die allgemeine und berufliche Bildung investiert werden, um die in den meisten Mitgliedsstaaten niedrige Beteiligung an der Erwachsenenbildung zu steigern. Mit der Schlussfolgerung des Rates "[Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zu wirtschaftlichem Aufschwung, Wachstum und Beschäftigung](#)" unterstrich der Rat der BildungsministerInnen im Jahr 2014 erneut die Rolle eines hochwertigen, innovativen und gerechten Bildungsangebotes, um die Employability bzw. den Arbeitsmarktertrag zu verbessern. Folgende Inhalte waren in den zweijährigen Arbeitszyklen in ET2020 prioritär:

Anerkennung von Kompetenzen

Im Jahr 2012 empfahl der Rat die "[Validierung nichtformalen und informellen Lernens](#)": Jede Person sollte demnach die Möglichkeit erhalten, das außerhalb der formalen Bildung und Berufsbildung Erlernte nachzuweisen, um Kompetenzen für Arbeit und Weiterqualifizierung nutzen zu können. Die Mitgliedsstaaten sollten entsprechende Validierungssysteme einrichten. Zur Umsetzung in Österreich erfolgte 2015 eine Konsultation anhand konkreter Vorschläge und 2017 wurde eine [Strategie veröffentlicht](#).

Förderung der Bürgerrechte als Mittel gegen Radikalisierung

Die Ereignisse rund um das Jahr 2015 – die Flüchtlingsproblematik und die wachsende Terrorgefahr in Europa – bewirkten auch neue Schwerpunktsetzungen für die Europäische Bildungspolitik.

Aus Anlass der Terroranschläge von Paris und Kopenhagen zu Jahresbeginn fand im März 2015 in Paris ein informelles MinisterInnenentreffen statt. Dort vereinbarten die EU-BildungsministerInnen in einer ["Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung" \(PDF\)](#), die demokratischen Grundwerte der EU wie Pluralismus und Meinungsfreiheit in Schulen und Hochschuleinrichtungen aktiv zu fördern. Sie reagierten damit auf Radikalisierungstendenzen unter jungen Menschen und stellten Weltoffenheit, kritisches Denken, Medienkompetenz und interkulturelle Kompetenzen in den Mittelpunkt.

Dazu veröffentlichte der Europäische Verband für Erwachsenenbildung (EAEA) 2015 das ["Manifesto for Adult Learning in the 21st Century"](#), in dem die umfassenden nicht-ökonomischen Benefits der Erwachsenenbildung wie sozialer Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, Migration und demographischer Wandel unterstrichen werden.

Lernen am Arbeitsplatz

In den Jahren rund um 2015 kam es in mehreren EU-Mitgliedsländern zu einer Zunahme der betrieblichen Weiterbildung, was sich auch in der thematischen Schwerpunktsetzung der ET-2020-Arbeitsgruppe zur Erwachsenenbildung in der Periode 2016-2018 widerspiegelte: "Lernen am Arbeitsplatz" bildete sich als zentraler Schwerpunkt heraus.

Eine Bestandsaufnahme zeigte, dass die diesbezüglichen Zuständigkeiten in vielen Ländern über Ministerien verteilt waren. Kohärente Policies und eine stärkere Zusammenarbeit von Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt wurden als Lösung vorgeschlagen. Der Abschlussbericht dieses zweijährigen Arbeitszyklus unterstrich wiederum die umfassende Bedeutung der Erwachsenenbildung am Arbeitsplatz für unterschiedliche Aspekte wie den sozialen Zusammenhalt, die Beschäftigungsfähigkeit oder die Innovationskraft von Einzelpersonen, Organisationen/Unternehmen und ganzen staatlichen Strukturen.

Schließlich lassen sich die Forderungen der Arbeitsgruppe in wenigen Stichworten skizzieren:

- langfristiges Engagement von allen Stakeholdern,
- effektive Kommunikation und Kooperation zwischen allen Beteiligten,
- Mechanismen zur Qualitätssicherung,
- wirksame Finanzierungssysteme,
- flexible Anpassung an Marktbedürfnisse und an Bedürfnisse erwachsener Lernender.

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft 2018

In die letzte Phase der Rahmenstrategie ET2020 fiel die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs von 1. Juli bis 31. Dezember 2018. Die österreichischen Vorhaben im Rahmen des Ratsvorsitzes hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Februar 2018 veröffentlicht. Dazu gehörte eine Weiterführung der Themen aus dem Jahr 2016 (Agenda für neue Kompetenzen). Auch die Diskussion zur Zukunft der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung nach Auslaufen des Strategischen Rahmens ET2020 fiel in die Zeit des österreichischen Vorsitzes und orientierte sich stark an der Kommissionsmitteilung ["Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur" \(DOCX\)](#), die im November 2017 veröffentlicht wurde. Diese Mitteilung enthält zukunftsgerichtete Initiativen bis 2025 und skizziert die Version eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums. Die Leitthemen sind dabei Mobilität, Sprachenlernen, gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, 'Europäische Universitäten' und digitale Kompetenzen. Ein weiteres Kernelement der österreichischen Präsidentschaft war die zweite Programmphase von Erasmus+. Dieses EU-Programm für die allgemeine und berufliche Bildung 2014 bis 2020 förderte vor allem Mobilitäten, transnationale Zusammenarbeit und den Austausch von bewährter Praxis. Österreich setzte sich dafür ein, dass dieses Programm weiterhin alle Lernenden und Lehrenden unterstützt und auch benachteiligte Gruppen und kleinere Anbieter erreicht.

Bilanz der gesteckten Ziele

Die Arbeitsgruppe führte in der letzten Phase der Agenda von 2018-2020 eine [Bestandsaufnahme \(PDF\)](#) der wichtigsten Errungenschaften der "Renewed European Agenda for Adult Learning (EAAL)" von 2011 bis 2018 bzw. der "New Skills Agenda" von 2016 durch und zog Bilanz, um auf Grundlage stagnierender Zahlen in der Erwachsenenbildung zukünftiges Handlungspotenzial abzuleiten.

In Bezug auf die Erreichung der Indikatoren und Benchmarks im Rahmen der ET2020 Strategie wird im Bericht festgehalten, dass im Gegensatz zu anderen Bildungsbereichen gerade in der Erwachsenenbildung die gesetzten Ziele nicht erreicht werden konnten. Das gesetzte Ziel in der Erwachsenenbildungsbeteiligung in Europa bis 2020 von 15% wurde mit 11,1% im Jahr 2018 verfehlt. Lediglich neun Mitgliedsländer, darunter auch Österreich, konnten den Zielwert erreichen und es bestanden noch immer große Unterschiede in der Erwachsenenbildungsbeteiligung auf nationaler Ebene (z.B.: Schweden 29,2% vs. Rumänien 0,9%). Nichtsdestotrotz werden im Bericht positive Trends dargestellt und die Bedeutung der Agenda zur Entwicklung der europäischen Erwachsenenbildung unterstrichen.

Auf Basis der genannten Ergebnisse der Bestandsaufnahme von 2018/2019 veröffentlichte die Arbeitsgruppe Erwachsenenbildung der Europäischen Kommission im August 2020 das Dokument ["Empowering adults to undertake up-/re-skilling. Pointers for better Policies" \(PDF\)](#).

Als Zielsetzung gilt einerseits eine Verbesserung der laufenden Weiterqualifizierung und

Umschulung von Erwachsenen, damit die immer schneller werdenden sozialen und technologischen Veränderungen bewältigt werden können. Andererseits wird in der Publikation vor allem der Begriff vom Empowerment einzelner Lernender, aber auch ganzer Systeme, abseits von etablierten Bildungsstrukturen, unterstrichen. Ein ganzheitliches System in der Erwachsenenbildung nach 2020 soll folgenden Leitlinien folgen:

- Schaffung individualisierter Ansätze,
- Verstärkung der Zielgruppenorientierung und Öffentlichkeitsarbeit,
- Zusammenarbeit aller Akteure,
- Bereitstellung ausreichender finanzieller Anreizsysteme,
- Qualitätssicherungsmechanismen und Monitoring,
- Personalentwicklung in der Erwachsenenbildung.

Weitere Informationen

- [Strategie ET2020](#)
- [Neue Denkansätze für die Bildung](#)
Europäische Kommission (2012)
- [Mit einer effizienten und innovativen allgemeinen und beruflichen Bildung in Qualifikationen investieren](#)
Rat der EU (2014)
- [Empfehlung des Rates zur Validierung nichtformalen und informellen Lernen](#)
Rat der EU (2012)
- [Österreichische Validierungsstrategie \(PDF\)](#)
- [Validierungsstrategie veröffentlicht](#)
Nachricht vom 23. Februar 2018
- [Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur](#)
Europäische Kommission (2017)
- [Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung \(PDF\)](#)
EU-BildungsministerInnen (2015)
- [Manifesto for Adult Learning in the 21st Century](#)
EAEA (2019)
- [Manifest für Erwachsenenbildung aktualisiert](#)
Nachricht vom 19. Februar 2019
- [Report der ET2020 Arbeitsgruppe \(PDF\)](#)
- [Empowering adults to undertake up-/re-skilling \(PDF\)](#)
ET2020 Arbeitsgruppe (2020)

Der Kopenhagen-Prozess

Der Kopenhagen-Prozess bezeichnet die Entwicklung einer engeren europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Eine Abschlusserklärung der europäischen BildungsministerInnen bei der Konferenz von Kopenhagen bildete dazu den Auftakt.

Im November 2002, zwei Jahre nach dem [Memorandum über Lebenslanges Lernen](#), verabschiedeten 31 europäische BildungsministerInnen die [Abschlussklärung der Konferenz von Kopenhagen](#) zur engeren europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung auf Grundlage des Gipfels in Lissabon. Diese bildete den Auftakt zum sogenannten Kopenhagen-Prozess mit folgenden Zielsetzungen:

- Kooperationen und Mobilitäten stärken und ausbauen,
- Transparenz von beruflicher Aus- und Weiterbildung fördern,
- Informationsaustausch auf allen Ebenen stärken,
- Vergleichbarkeit, Transferierbarkeit, und Anerkennung von Kompetenzen und /oder Qualifikationen mittels Referenz-Niveaus und eines Credit-Transfer-Systems fördern,
- Sozialpartner verstärkt einbinden,
- Prinzipien zur Validierung non formalen und informellen Lernens etablieren,
- Kooperation in der Qualitätssicherung fördern,
- pädagogische Bedürfnisse von LehrerInnen/AusbildnerInnen beachten.

Kerninhalte der Umsetzung der Ziele von Kopenhagen waren:

- die Einführung eines Europäischen Leistungspunktesystems für die Berufsbildung (ECVET)
- die Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards für Europa sowie
- die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, um die Mobilität in Europa zu erleichtern.

Die vorerst zweijährliche Überprüfung der Zielerreichung basiert auf der [Offenen Methode der Koordinierung \(OMK\)](#).

Weitere Informationen

- [Zusammenfassung der Abschlussklärung der Konferenz von Kopenhagen](#)
- [Memorandum über Lebenslanges Lernen](#)
- [Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung \(ECVET\)](#)
Europäisches Parlament und Rat der EU (2009)

Die Lissabon-Strategie

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben im Jahr 2000 die Lissabon-Strategie verabschiedet. Ihr Ziel war es, die Europäische Union bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und nachhaltigsten wissensbasierten Wirtschaft weltweit zu machen. Das Nachfolge-Programm der Lissabon-Strategie ist die Strategie "[Europa 2020](#)".

Die [Lissabon-Strategie \(PDF\)](#) aus dem Jahr 2000 hatte das Ziel, bis 2010 die EU "zur wettbewerbsfähigsten und nachhaltigsten dynamischen, wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen, um Vollbeschäftigung, ein hohes Wirtschaftswachstum und größeren sozialen Zusammenhalt zu verwirklichen" (Europäischer Rat 2000). Durch diese Strategie

bekam auch die Bildungspolitik eine neue Dynamik, weil die Investition in Wissen als zentrales Element einer Wachstumsstrategie definiert wurde. Vollbeschäftigung und ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3% wurden angepeilt; lebenslanges Lernen sollte einen wichtigen Beitrag zum Erreichen dieser Ziele leisten. Hierzu einigten sich die BildungsministerInnen 2001 erstmals auf gemeinsame Ziele und legten damit den Grundstein für den Prozess zur Strategie "Allgemeine und berufliche Bildung 2010 (ET 2010)". Zu den konkreten Zielen für die Erwachsenenbildung gehörte die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen, die Schaffung von offenen Lernumgebungen, aber auch Chancengleichheit, sozialer Zusammenhalt und aktive BürgerInnenschaft sowie ein engerer Bezug zur Arbeitswelt und zur Forschung. Im Zuge der Lissabon-Strategie wurde auch die [Offene Methode der Koordinierung](#) etabliert, und das Konzept des lebenslangen Lernens wurde zum Leitmotiv in der Bildungspolitik. Die Lissabon-Strategie bildete den Hintergrund für den [Kopenhagen-Prozess](#).

In den Folgejahren zeigten sich im Zuge der Wirtschaftskrise Probleme bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie und 2005 stellte der Europäische Rat nach einem ernüchternden Zwischenbericht eine Strategie zur Neubelebung des Lissabon-Prozesses vor. Wissen und Innovation wurden darin als Triebkräfte für Wachstum bestätigt und die Bildungspolitik erneut als wichtiger Motor für Beschäftigung ins Feld geführt. 2010 waren die quantitativen Ziele zwar nicht erreicht, aber die Beschäftigungsquote und die Forschungsausgaben konnten leicht erhöht werden, obwohl gleichzeitig die EU-Erweiterung und die Wirtschaftskrise zu bewältigen waren.

Aktionsplan Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung gewann in diesem Zusammenhang immer mehr Bedeutung und 2006 hat die Kommission mit der Mitteilung "[Man lernt nie aus](#)" das erste europäische Dokument veröffentlicht, das exklusiv der Erwachsenenbildung gewidmet war. Bald danach folgte der Aktionsplan Erwachsenenbildung "[Zum Lernen ist es nie zu spät](#)": Darin hat die Kommission nicht nur eine Verbesserung der Angebotsqualität und der Lernmöglichkeiten für Erwachsene als Prioritäten definiert, sondern auch die raschere Anerkennung non-formalen und informellen Lernens und ein verbessertes Monitoring des Sektors Erwachsenenbildung insgesamt.

2008 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel "[Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen](#)" und rief dazu auf, Arbeitsmarkt- und Qualifikationserfordernisse besser zu antizipieren und miteinander in Einklang zu bringen. Ziel sollte es sein, Bildungs- und Berufsbildungspolitik wirksamer zu gestalten und die Arbeitsmärkte mittels flexibler Strategien zu modernisieren.

Weitere Informationen

- [Lissabon-Strategie](#) (PDF)
Europäischer Rat (2000)
- [Kopenhagen-Prozess](#)
- [Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen](#)
Europäische Kommission (2008)
- [Aktionsplan Erwachsenenbildung](#)
Europäische Kommission (2007)
- [Erwachsenenbildung: Man lernt nie aus](#)
Europäische Kommission (2006)

Memorandum über Lebenslanges Lernen

Mit dem Memorandum für Lebenslanges Lernen setzte die Europäische Kommission einen Grundstein für eine globale Strategie im Bereich Erwachsenenbildung. Das Memorandum beschreibt zwei Ziele, die Lebenslanges Lernen erreichen soll: die Förderung des aktiven Bürgersinns und die Förderung beruflicher Qualifikationen.

Für den Hochschulbereich gab es mit dem [Bologna-Prozess](#) bereits seit 1999 eine Strategie zur Vereinheitlichung des Europäischen Hochschulraumes bis 2010. Den Auftakt im Bereich der Erwachsenenbildung bildete das "[Memorandum über Lebenslanges Lernen](#)" der Europäische Kommission im Jahr 2000. Das Memorandum wurde in einer europaweiten Konsultation kooperativ erarbeitet und richtet sich an alle AkteurInnen im Bereich des lebenslangen Lernens - angefangen bei den Staaten bis hin zu den Lernenden selbst. Das Memorandum gibt zwei gleichrangige Ziele vor:

- die Förderung des aktiven Bürgersinns und
- die Förderung beruflicher Qualifikationen.

Darin wird betont, dass der erfolgreiche Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft nur über das lebenslange Lernen erreicht werden könne. Die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit in Europa sei ein wesentliches Ziel des lebenslangen Lernens, das den Überbau für alle Formen des Lehrens und Lernens bilde. Das Memorandum unterscheidet also nicht zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung und zielt auf alle Bereiche des formalen, non-formalen und informellen Lernens ab.

Im November 2001 hat die Kommission diesen Ansatz in der [Mitteilung "Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen"](#) konkretisiert und Maßnahmen zur Verwirklichung des lebenslangen Lernens formuliert. Den letzten Schritt in dieser Entwicklung bildete das Definieren von Schlüsselkompetenzen im Jahr 2005. Diese sind u.a.

- Mutter- und Fremdsprachen,

- Kompetenzen aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)
- Lernkompetenz und
- unternehmerische Kompetenz.

Letztendlich hat das Europäische Parlament und der Rat das erste integrierte Aktionsprogramm für alle Bildungssektoren als "[Programm für lebenslanges Lernen](#)" (2007-2013) bezeichnet.

Dossier: Lebenslanges Lernen

Seit den 1990er Jahren prägt lebenslanges oder lebensbegleitendes Lernen als Konzept die Bildungspolitiken in der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten. Das [Dossier "Lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen"](#) auf erwachsenenbildung.at gibt Einblick in Entwicklungen und Strategien in der Erwachsenenbildung.

Weitere Informationen

- [Memorandum über Lebenslanges Lernen](#)
- [Bologna-Prozess](#)
- [Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen](#)
Mitteilung der Europäischen Kommission, 2001
- [Programm für lebenslanges Lernen \(2007-2013\)](#)

Praxis

FÖRDERPROGRAMME DER EU FÜR DIE ERWACHSENENBILDUNG

Die Europäische Union vergibt über verschiedene sogenannte Aktionsprogramme Förderungen für Projekte und Netzwerke zu unterschiedlichen Themen aus dem Bereich der Erwachsenenbildung. Diese Programme bieten der EU Möglichkeiten zur "sanften Steuerung" von nationalen Bildungssystemen mittels finanzieller Förderungen.

Die Formalvorschriften für Projekte variieren von Programm zu Programm, müssen aber strikt eingehalten werden. Im Gegensatz zu nationalen Förderprogrammen müssen für EU-Projekte längere Vorlaufzeiten zur Projektplanung und Evaluation der eingereichten Anträge eingeplant werden.

- [Programm ESF+](#)
- [Programm Erasmus+](#)
- [Erasmus+ Projektpartner finden](#)
- [Programm PROGRESS](#)
- [Programm CERV](#)
- [Programm Interreg](#)
- [Aktuelle Calls und Informationen zu EU-Förderungen](#)
- [Weitere Informationen](#)

Europäischer Sozialfonds (ESF+)

Der [Europäische Sozialfonds](#) will bestehende Unterschiede in den Mitgliedstaaten der EU ausgleichen, um so den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Förderungen aus den Mitteln des ESF werden in Österreich unter anderem vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) vergeben, das die Projekte auch kofinanziert.

Erasmus+

[Erasmus+](#) ist das EU-Programm für die Bereiche Bildung, Jugend und Sport. Die Ziele und Struktur des Programms werden im [Erasmus+ Programmleitfaden](#) beschrieben. In Österreich wird das Programm durch die Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD) umgesetzt.

Erasmus+ fasst die früheren Programme im Bereich des Lebenslangen Lernens bzw. der Bildung zusammen: Grundtvig, Erasmus, Leonardo da Vinci und Comenius, das frühere Programm "Jugend in Aktion" und fünf internationale Kooperationsprogramme (Erasmus

Mundus, Tempus, Alfa, Edulink und das Programm für die Zusammenarbeit mit Industrieländern).

Projektpartner für Erasmus+ finden

Für viele EU-Förderprogramme, insbesondere für Erasmus+, braucht es Partner-Organisationen aus anderen Ländern, um ein Projekt durchzuführen. Um passende Organisationen zu finden und sich zu vernetzen, können Vernetzungsplattformen hilfreich sein:

- [Projektpartner-Suche auf EPALE](#)
- [Facebook-Gruppe Erasmus+](#)

Citizens, Equality, Rights and Values (CERV)

Das Programm "[Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte](#)" (CERV) hat den Schutz und die Förderung der Rechte und Werte der Europäischen Union zum Ziel. Je nach Call können unterschiedliche Themen im Mittelpunkt stehen, wie z.B. Bürgerbeteiligung und Teilhabe oder die Gleichstellung der Geschlechter. Im Bereich der Erwachsenenbildung können dazu z.B. Sensibilisierungsmaßnahmen und Trainings gefördert werden.

Das Programm knüpft an die Vorgängerprogramme "Europa für Bürgerinnen und Bürger" sowie "Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft" an.

Interreg

[Interreg](#) ist eine Initiative des [Europäischen Fonds für regionale Entwicklung \(EFRE\)](#), die grenzübergreifende Maßnahmen der Zusammenarbeit fördert. In der Förderperiode 2021-2027 liegt der Fokus auf grenzüberschreitender Mobilität und Bemühungen für Umweltschutz, Hilfsdienste, qualifizierte Arbeitsplätze und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen.

PROGRESS

[PROGRESS](#) ist seit 2014 ein Unterprogramm des [Programms für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSI\)](#). Die Schwerpunkte des Programms sind Förderung von Beschäftigung, Sozialschutz, soziale Inklusion, Armutsvermeidung und Förderung von guten Arbeitsbedingungen.

EUROPÄISCHE INFORMATIONS-PLATTFORMEN FÜR ERWACHSENENBILDUNG

Verschiedene Portale und Datenbanken bieten Informationen und Materialien zur Erwachsenenbildung in Europa.

- [EPALE - Plattform für Erwachsenenbildung in Europa](#)
- [europass – Lernen und Arbeiten in Europa](#)
- [Erasmus+ Projektdatenbank](#)
- [ESF-Projektdatenbank Österreich](#)
- [Datenbanken von Cedefop](#)
- [ESCO - Datenbank zur europäischen Klassifizierung von Skills](#)
- [Elm - Europäisches Online-Magazin für Lifelong Learning](#)
- [Fachmedien für ErwachsenenbildnerInnen](#)
- [Aktuelles zu den europäischen Informations-Plattformen](#)
- [Weitere Informationen](#)

EPALE - Plattform für Erwachsenenbildung in Europa

[EPALE](#) ist seit 2015 online und versteht sich als mehrsprachige, offene Community für alle Akteure in der europäischen Erwachsenenbildung. Der Austausch über aktuelle Entwicklungen und das gegenseitige Lernen stehen im Vordergrund. Die Plattform bietet Nachrichten, Blog-Beiträge, einen Veranstaltungskalender sowie Weiterbildungsressourcen für Bildungspersonal wie z.B. MOOCs oder Ressourcensammlungen. Außerdem ist es möglich, über EPALE nach potenziellen ProjektpartnerInnen zu suchen. Ein eigener Bereich auf EPALE informiert über Erwachsenenbildungspolitik in der EU.

europass – Lernen und Arbeiten in Europa

Die Plattform [europass](#) der Europäischen Kommission ist aus einem ehemaligen Berufsbildungsprojekt entstanden und bietet breite Möglichkeiten zur Suche nach Lernangeboten und Qualifikationen in Europa. Darüber hinaus werden auch laufend fachbezogene Artikel veröffentlicht.

Erasmus+ Projektdatenbank

Auf der [Projektdatenbank](#) der Europäischen Kommission sind alle Angaben zu Erasmus+ Projekten einschließlich Kontaktdaten und Projektergebnissen abrufbar.

ESF-Projektdatenbank Österreich

In der [Datenbank](#) sind ESF-geförderte Projekte gelistet und inhaltlich beschrieben. Auch Laufzeit und Fördersumme sind einsehbar.

Datenbanken von Cedefop

Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung Cedefop stellt [online verschiedene Datenbanken zur Verfügung](#), die es ermöglichen, Systeme der Erwachsenenbildung in Europa zu vergleichen. So gibt es beispielsweise eine Datenbank über die Möglichkeit der Anerkennung von Kompetenzen oder über die Finanzierung von Erwachsenenbildung.

Darüber hinaus stellt Cedefop auch [Publikationen](#) zur Verfügung.

ESCO - Datenbank zur europäischen Klassifizierung von Skills

[ESCO](#) ist eine mehrsprachige, frei zugängliche Klassifikation von Fähigkeiten/Fertigkeiten, Kompetenzen, Qualifikationen und Berufen für den europäischen Arbeitsmarkt und ein Teil der [Strategie Europa 2020](#). ESCO zeigt vor allem die Beziehungen zwischen Skills, Kompetenzen und Berufen auf.

Elm - Europäisches Online-Magazin für Lifelong Learning

[European Lifelong Learning Magazine \(Elm\)](#) ist selbst kein Portal, erfüllt jedoch eine Informationsfunktion für die europäische Erwachsenenbildung. Das finnische Magazin ist ein freies Online-Medium der Erwachsenenbildung mit einem europaweiten Netzwerk von KoorespondentInnen. Elm entstand 2015 und richtet sich seitdem in erster Linie direkt an ErwachsenenbildnerInnen.

Fachmedien für ErwachsenenbildnerInnen

Europäische und österreichische Zeitschriften sowie andere Fachmedien für ErwachsenenbildnerInnen finden Sie im Dossier "[Erwachsenenbildung als Beruf](#)".

EUROPÄISCHE VERBÄNDE UND NETZWERKE DER ERWACHSENENBILDUNG

Verschiedene Verbände und Netzwerke unterstützen die EU-Arbeit beratend und steuern Überlegungen aus spezifischen Perspektiven bei.

- [Europäischer Verband für Erwachsenenbildung EAEA](#)

- [Plattform für lebenslanges Lernen](#)
- [Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung Cedefop](#)
- [EU-Bildungsinformationsnetz Eurydice](#)
- [ExpertInnennetzwerk zu sozialen Aspekten der Bildung NESET](#)
- [Europäisches ExpertInnen-Netzwerk für Bildungsökonomik EENE](#)
- [Europäisches Netzwerk für Basisbildung EBSN](#)
- [Europäische Stiftung für Berufsbildung ETF](#)
- [Netzwerke zur Projektpartnersuche für EU-Förderungen](#)
- [Aktuelle Informationen zu den Verbänden und Netzwerken](#)
- [Weitere Informationen](#)

Europäischer Verband für Erwachsenenbildung EAEA

Der [Europäische Verband für Erwachsenenbildung](#), in Englisch "European Association for the Education of Adults" (EAEA), versteht sich als Stimme der nicht-formalen Erwachsenenbildung in Europa und hat das Ziel, europäische Organisationen in der Erwachsenenbildung zu vertreten und miteinander zu vernetzen. EAEA tritt öffentlich und politisch für die Erwachsenenbildung ein, stellt Informationen zur Verfügung und betreibt ein spezifisches Netzwerk. Ein Hauptanliegen ist der Zugang zu Bildung für alle und die Teilnahme an nicht-formaler Erwachsenenbildung, insbesondere auch für bildungsbenachteiligte Gruppen. Der EAEA hat 123 Mitgliedsorganisationen in 42 Ländern. Er arbeitet mit EU-Institutionen, nationalen und regionalen Regierungen sowie vielen internationalen und nationalen NGOs zusammen.

Plattform für lebenslanges Lernen

Die [Plattform für lebenslanges Lernen](#) vereint 42 europäische Organisationen aus Europa und darüber hinaus, die im Bereich allgemeine und berufliche Bildung und Jugend tätig sind. Die Plattform fördert eine europaweite Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, um die Themen der Bürgerinnen und Bürger im Bereich des lebenslangen Lernens zum Ausdruck zu bringen und Lösungen vorzuschlagen. So erstellt sie u.a. Positionspapiere und Initiativen rund um das lebenslange Lernen.

Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung Cedefop

[Cedefop](#) ist eine dezentrale Einrichtung der Europäischen Union, die 1975 gegründet wurde und seit 1995 ihren Sitz in Griechenland hat. Cedefop unterstützt die Kommission sowie die Mitgliedsstaaten bei der Weiterentwicklung ihrer beruflichen Aus- und Weiterbildungssysteme. Zahlreiche Analysen zu den Berufsbildungssystemen und der Politik, Forschung und Praxis in diesem Bereich werden produziert und verbreitet. Dahinter steht das übergeordnete Ziel, Menschen in Europa für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und so den Grundstein für Qualität, Wettbewerb und Wachstum zu legen.

EU-Bildungsinformationsnetz Eurydice

1980 haben die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten [Eurydice](#) gegründet, um Informationen über die Bildungssysteme auszutauschen. Eurydice bereitet Informationen über die nationalen Bildungssysteme in Europa auf und stellt sie allen Interessierten, insbesondere bildungspolitischen EntscheidungsträgerInnen, zur Verfügung. Zu den wesentlichen laufenden Veröffentlichungen von Eurydice gehören vergleichende thematische Berichte zu spezifischen Bildungsthemen, Berichte mit einem Schwerpunkt auf Indikatoren und Statistiken sowie detaillierte Beschreibungen von nationalen Bildungssystemen. Das Netzwerk hat seine Zentrale in der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur in Brüssel; seine Arbeit ist über Erasmus+ finanziert.

ExpertInnennetzwerk zu sozialen Aspekten der Bildung NESET

[NESET](#) ist ein von der Kommission initiiertes Netzwerk von ExpertInnen für soziale Aspekte des Bildungssystems. Zu den Arbeitsthemen des Netzwerks gehören Gerechtigkeit, die Verteilung von Investitionen, Wege zum zweiten Bildungsweg, Ethnizität, Migration und Bildung, Bildung und Gender und andere Themen. Zu diesen Schwerpunktthemen stellt NESET Forschungsübersichten zur Verfügung und analysiert bildungspolitische Strategien und Reformen auf deren Auswirkungen. Eine Hauptaufgabe besteht in der faktengestützten Beratung der Europäischen Kommission.

Europäisches ExpertInnen-Netzwerk für Bildungsökonomik EENE

[European Expert Network on Economics of Education \(EENEE\)](#) ist ein Forum bildungsökonomischer Forschung in Europa, gefördert von der Europäischen Kommission. Das Netzwerk berät die Kommission bei der Analyse ökonomischer Aspekte von Bildungspolicies, informiert über Bildungsökonomik in Europa und treibt die einschlägige Forschung voran. EENEE erstellt kurze analytische Berichte, beantwortet Fragen der Kommission, erstellt und pflegt eine ForscherInnen-Datenbank auf dem Gebiet der Bildungsökonomik in Europa und organisiert europäische Symposien. Die Entwicklung des Humankapitals in Europa steht als Ziel dahinter.

Europäisches Netzwerk für Basisbildung EBSN

Speziell für die Themen und Anliegen der Basisbildung ist das [European Basic Skills Network \(EBSN\)](#) tätig. Es handelt sich um ein Stakeholder- und ExpertInnen-Netzwerk mit dem Ziel, die Bildungspraxis für die Basisbildung europaweit zu verbessern. Politikberatung ist eine wesentliche Aktivität von EBSN. Dahinter steht die Vision, dass alle EuropäerInnen über das für eine gelingende Teilhabe notwendige Basisbildungsniveau verfügen sollen.

Europäische Stiftung für Berufsbildung ETF

Die [European Training Foundation \(ETF\)](#) ist eine EU-Agentur, die Länder rund um die Europäische Union bei der Modernisierung der Berufsbildungssysteme und der Arbeitsmarktsysteme unterstützen soll - durch Konzeption, Umsetzung und Bewertung von Strategien und Programmen. Ziele sind dabei die Förderung sozialer Mobilität und Inklusion sowie eine bessere Abstimmung zwischen Berufsbildungssystemen und Erfordernissen am Arbeitsmarkt.

Netzwerke zur Projektpartnersuche für EU-Förderungen

Für viele EU-Förderprogramme, insbesondere für Erasmus+, braucht es Partner-Organisationen aus anderen Ländern, um ein Projekt durchzuführen. Um passende Organisationen zu finden und sich zu vernetzen, hat sich eine Vernetzungsplattform sowie eine Social-Media-Gruppe etabliert:

[Projektpartner-Suche auf EPALE](#)

[Facebook-Gruppe Erasmus+](#)

[Informationen zu den EU-Förderungen](#)